

per Fax ✓

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus

90403 Nürnberg

*gem. JhA/Soz A 25.6.15*

OBERBÜRGERMEISTER	
09. FEB. 2015	
1	Zur Stellungnahme
2	Zur
3	Zur
4	Zur
5	Zur
6	Zur
7	Zur
8	Zur
9	Zur
10	Zur
11	Zur
12	Zur
13	Zur
14	Zur
15	Zur
16	Zur
17	Zur
18	Zur
19	Zur
20	Zur
21	Zur
22	Zur
23	Zur
24	Zur
25	Zur
26	Zur
27	Zur
28	Zur
29	Zur
30	Zur
31	Zur
32	Zur
33	Zur
34	Zur
35	Zur
36	Zur
37	Zur
38	Zur
39	Zur
40	Zur
41	Zur
42	Zur
43	Zur
44	Zur
45	Zur
46	Zur
47	Zur
48	Zur
49	Zur
50	Zur
51	Zur
52	Zur
53	Zur
54	Zur
55	Zur
56	Zur
57	Zur
58	Zur
59	Zur
60	Zur
61	Zur
62	Zur
63	Zur
64	Zur
65	Zur
66	Zur
67	Zur
68	Zur
69	Zur
70	Zur
71	Zur
72	Zur
73	Zur
74	Zur
75	Zur
76	Zur
77	Zur
78	Zur
79	Zur
80	Zur
81	Zur
82	Zur
83	Zur
84	Zur
85	Zur
86	Zur
87	Zur
88	Zur
89	Zur
90	Zur
91	Zur
92	Zur
93	Zur
94	Zur
95	Zur
96	Zur
97	Zur
98	Zur
99	Zur
100	Zur

Nürnberg, 5. Februar 2015  
Kir/Ziegler

## Verbesserung der medizinischen Versorgung für Flüchtlinge in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im letzten Gesundheitsausschuss (18.12.2014) spielte die medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Nürnberg eine zentrale Rolle.

Offenbar gibt es noch viel zu tun, um die Lage der Flüchtlinge sowohl in Erstaufnahmeeinrichtungen als auch in Gemeinschaftsunterkünften zu verbessern.

Viele Flüchtlinge kommen aus den Kriegsgebieten und sind zum Teil schwer traumatisiert. Wir fragen uns, wie ihnen angemessen geholfen werden kann.

Wir wissen, dass ein Arztbesuch beziehungsweise die Inanspruchnahme einer psychiatrischen Grundversorgung nach persönlichem Bedarf für die Flüchtlinge keine Selbstverständlichkeit ist. Offenbar gibt es hier sehr verschiedene Möglichkeiten, wie aus anderen Städten berichtet wird, den Menschen möglichst unbürokratisch zu helfen.

Unser städtisches Gesundheitsamt sowie das Sozialamt tun ihr Möglichstes, stoßen aber an ihre Grenzen. Deshalb fragen wir uns, ob z.B bürokratische Verfahren, wie gutachterliche Stellungnahmen, die dem Leistungsbezug dienen würden, auch von anderen Stellen erbracht werden können.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt zur Behandlung im gemeinsamen Ausschuss für Gesundheit und Soziales folgenden

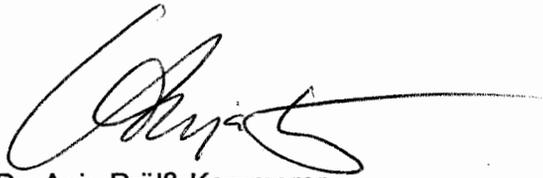
### Antrag:

1. Die Verwaltung berichtet über die weitere Entwicklung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Gemeinschaftsunterkünften (GU).
2. Die Verwaltung berichtet über den Weg, den derzeit ein Flüchtling gehen muss, um bei einer Krankheit eine ärztliche Versorgung zu erhalten und macht Verbesserungsvorschläge.
3. Die Verwaltung bezieht bei ihren Überlegungen auch Erfahrungen der Städte im Großraum mit ein.

- 2 -

4. Kann das Gesundheitsamt auch Leistungen / bürokratische Erledigungen an Dritte abgeben? Welche Überlegungen und Lösungen gibt es?
5. Wie kann man den traumatisierten Flüchtlingen in Nürnberg helfen? Können und dürfen diese Menschen psychiatrische Behandlungen (akut/ambulant) in Anspruch nehmen? Welche Überlegungen und Lösungsmöglichkeiten gibt es in dem Bereich?
6. Welche Möglichkeiten sieht das Sozialamt, den erschwerten Zugang zum Gesundheitssystem der Flüchtlinge (kurze Befristung der Behandlungsscheine, Ausgabe der Behandlungsscheine nach persönlicher Vorprache und Einzelfallprüfung) zu verbessern? Welche Überlegungen gibt es?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Anja Pröls-Kammerer  
Fraktionsvorsitzende